

Pressemitteilung  
194/2019  
Kiel, 09.09.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **AKW-Bauschutt muss vor Ort deponiert werden**

*Zur Pressekonferenz des Umweltministers zur Entsorgung von freigemessenem Bauschutt aus Kernkraftwerken erklärt der umweltpolitische Sprecher des SSW im Landtag, Flemming Meyer:*

Ich bin verwundert und irritiert darüber, dass Umweltminister Albrecht die Gemeinde Harrislee offensichtlich weiterhin im Rennen sieht. Bedeutet dies doch, dass die Nähe Harrislees zu unseren dänischen Nachbarn für diese Landesregierung offenbar keine Rolle spielt. Das wäre in der Tat bemerkenswert: Während des Besuches der dänischen Königin hat Ministerpräsident Günther noch unermüdlich die gute Nachbarschaft zu unseren dänischen Freunden betont. Und jetzt soll genau vor ihrer Haustür radioaktiv belasteter Bauschutt abgeladen werden? Wie glaubwürdig wäre das denn?

Zudem haben CDU, FDP und Grüne keine Gelegenheit ausgelassen, die dänischen Pläne für einen Wildschweinezaun an der Grenze zu beschimpfen. Radioaktiv belasteter Bauschutt an der Grenze geht hingegen in Ordnung? Wie doppelamoralisch.

Wenn die Landesregierung es wirklich ernst meint mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft, dann muss allein die Grenznähe Harrislees ein klares Ausschlusskriterium sein. Im Grunde muss jeder der verbleibenden vier Standorte einkassiert werden und stattdessen das Verursacherprinzip greifen. Die Betreiberkonzerne haben kräftig an den Atomkraftwerken verdient. Ihr radioaktives Erbe wird

noch viele Generationen in Atem halten. Da wäre es das Mindeste, wenn Vattenfall und co. zumindest für den Bauschutt selbst Verantwortung übernehmen - und zwar auf dem Kraftwerksgelände selbst, statt ihn anderen vor die Tür zu kippen.